

Keller-Sutter plant schon das zweite Sparpaket

Bundshaushalt Das «Entlastungspaket 27» ist noch nicht einmal im Parlament, da zieht am Horizont schon das nächste auf. Dabei ist aber noch einiges unklar.

Konrad Staehelin

Wenn nichts Unerwartetes geschieht, waren die Budgetstreitereien im Parlament der letzten Monate und Jahre keine Ausnahme, sondern werden für dieses Jahrzehnt die Normalität in der Schweiz. Das Finanzdepartement hat in den letzten Wochen Finanzpolitikerinnen und -politiker darüber informiert, dass es nach dem bereits aufgelegten «Entlastungspaket 27» ein nächstes geben dürfte. Die Verwaltung wird dieses wohl so planen, damit es zwei Jahre nach dem ersten, also im Jahr 2029, in Kraft tritt. Das bestätigen mehrere Mitglieder der Finanzkommissionen des Parlaments gegenüber dieser Redaktion.

Nach Jahrzehnten, in denen die Einnahmen stärker als die Ausgaben stiegen, ist der Bund nach der Pandemie in Finanzprobleme geraten. Gründe dafür sind neben der Demografie, die zu einem höheren Bundesanteil an der AHV führt, politische Entscheidungen wie die 13. AHV-Rente oder die Erhöhung des Armeebudgets.

Diese Posten sind auch massgeblich verantwortlich dafür, dass 2029 abermals ein Defizit droht. Da jedoch in jenem Jahr der letzte Babyboomer-Jahrgang in Pension geht, scheint realistisch, dass zumindest die demografische Komponente sich nicht weiter negativ aufs Budget auswirkt.

Um die im internationalen Vergleich strenge Schweizer Schuldenbremse einzuhalten, haben die Politiker bisher insbesondere bei den Eigenausgaben des Bundes, der Entwicklungshilfe oder der Bildung angesetzt.

Bund peilt Einsparungen von 2,4 Milliarden an

Da diese Sparpolitik langfristig zu einseitig wäre, hat Finanzministerin und Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter vergangenes Jahr ein Sparpaket aus verschiedenen Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht. Im Herbst will der Bundesrat dieses Paket ins Parlament schicken. Schon im Jahr 2027 soll es dank eines beschleunigten Verfahrens in Kraft treten.

Sollte das Parlament den Vorschlag des Bundesrats unverändert akzeptieren, würde dies das

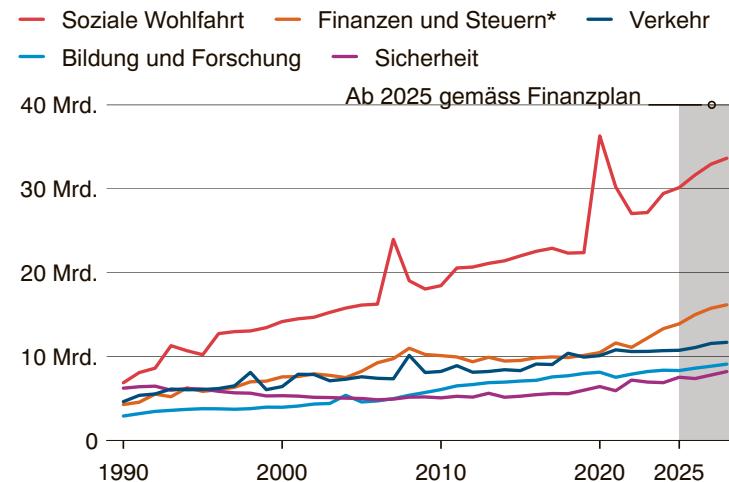


Karin Keller-Sutter an der Medienkonferenz zum Entlastungspaket Ende Juni in Bern. Foto: Anthony Anex (Keystone)

Sozialausgaben steigen stark an

Wichtigste Ausgabenbereiche des Bundes, in Fr. pro Jahr.

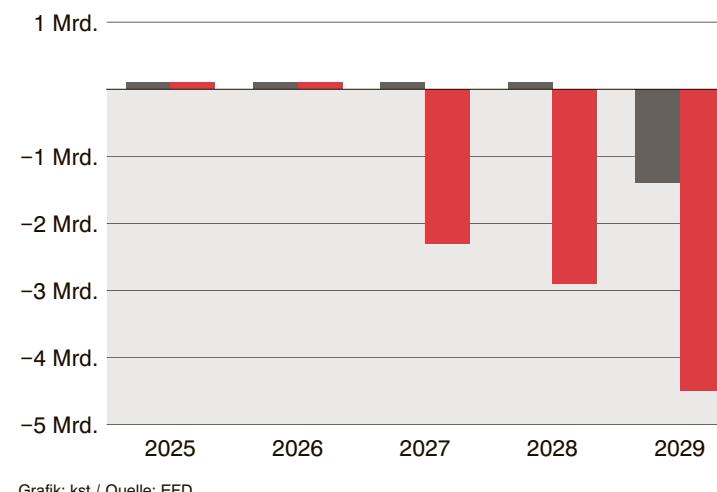
Total 2024: 84,3 Mrd. Fr.



Laut Bund werden 2029 so oder so neue Massnahmen nötig

Struktureller Finanzierungssaldo gemäss Budgetplanung des Bundes, in Franken

■ Mit Sparpaket ■ Ohne Sparpaket



Bundesbudget im ersten Jahr um 2,4 Milliarden Franken entlassen. Bis 2029 würde der Betrag auf 3,2 Milliarden anwachsen. 2024 betragen die Gesamtausgaben des Bundes 84 Milliarden.

«Allerdings werden selbst bei einer vollständigen Umset-

zung des «Entlastungspakets 27» ab 2029 gemäss heutiger Einschätzung weitere Bereinigungsmassnahmen notwendig sein», schreibt die Finanzverwaltung, die Keller-Sutters Departement angegliedert ist. Das Defizit beträgt dann gemäss heutiger Pla-

nung bereits wieder 1,4 Milliarden Franken.

«Die Unsicherheit ist hier aber noch gross», heisst es weiter. «Der Bundesrat wird deshalb zu gegebener Zeit Vorschläge vorlegen müssen, wie damit umzugehen ist.»

Das heisst, dass noch unklar ist, in welchen Bereichen der Bundesrat bei der Neuaufgabe sparen will und welche Summe er anpeilt. Auch scheint noch nicht definiert, ob wie beim ersten Paket eine Kommission aus externen Fachpersonen erste Vor-

schläge liefern wird, auf die sich die Verwaltung danach stützt. Hingegen ist davon auszugehen, dass die Finanzministerin den Prozess früher initiieren würde als beim «Entlastungspaket 27». Dieses krankt daran, dass aufgrund des engen Zeitplans die Zeit für eine seriöse Behandlung fehlt, sollte das Parlament dem Vorschlag des Bundesrats neue Elemente hinzufügen wollen.

Spareffekt bei Klima und Migration am grössten

So wird das Sparpaket im Parlament also eher weiter an Volumen ab- denn zunehmen. Zum Beispiel wird der Vorschlag des Bundesrats, die Kapitalbezüge aus der zweiten und dritten Säule von über 100'000 Franken stärker zu besteuern, auf geschlossenen bürgerlichen Widerstand gestossen.

Bereits während der Erarbeitung der jetzigen Version des Pakets ging das anvisierte Volumen für das erste Jahr nach Inkraftsetzung von anfänglich 3,9 Milliarden Franken auf die jetzigen 2,4 Milliarden zurück. Übrig geblieben sind 57 Massnahmen; den grössten Spareffekt haben Kürzungen in den Bereichen Klima (372 Millionen Franken im Jahr 2027), Integration und Migration (243 Millionen) sowie Bahnverkehr (200 Millionen).

Die Linke ist mit einem Grossteil dieser Massnahmen nicht einverstanden und droht mit dem Referendum. Sie schlägt stattdessen vor, die Schuldenbremse zu lockern: In ihrer heutigen Form stabilisierte diese die Schuldenquote nicht, sondern senkte sie. Das jedoch sei gar nicht das Ziel des Instruments. Bisher fanden entsprechende Vorschläge aber keine Mehrheiten.